

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FG/067(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Finanz- und Grundstücksausschuss	Mittwoch, 04.07.2007	Altes Rathaus Hansesaal	16:00Uhr	20:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.1 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.2 Genehmigung der Niederschriften vom 30.05.2007 und vom 13.06.2007
- 4 Beschlussvorlagen und Informationen**
- 4.1 Steuerlicher Querverbund zwischen der SWM und der MVB
Vorlage: I0162/07
BE: FB 02
- 4.2 Bestätigung des präzisierten Vorhaben-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplanes im Förderprogramm "Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt" mit dem Stadtteil Magdeburg Neustädter Feld
Vorlage: DS0121/07
- 4.2.1 Bestätigung des präzisierten Vorhaben-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplanes im Förderprogramm "Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt" mit dem Stadtteil Magdeburg Neustädter Feld
Vorlage: DS0121/07/1
BE: Amt 61; 17:05 Uhr

- 4.3 Bestätigung des präzisierten Vorhaben-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplanes im Förderprogramm "Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt" mit dem Stadtteil Magdeburg Südost (Fermersleben - Salbke - Westerhüsen)
Vorlage: DS0123/07
BE: Amt 61
- 4.4 Abrechnungsmodalitäten ARGE
Vorlage: DS0204/07
BE: Amt 50; 17:25 Uhr
- 4.5 Stellungnahme zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes des Landes Sachsen-Anhalt
Vorlage: DS0213/07
BE: Amt 50
- 4.6 Lärmschutzwand Lübecker Privatweg
Vorlage: A0088/07
- 4.6.1 Lärmschutzwand Lübecker Privatweg
Vorlage: A0088/07/1
- 4.6.2 Aufnahme der Schallschutzwand "Lübecker Privatweg" in den Haushalt 2007
Vorlage: A0071/07
- 4.6.3 Eilentscheidung des Oberbürgermeisters gemäß § 62 Abs. 4 GO-LSA
Vorlage: I0178/07
BE: Bg I
- 4.7 Schließung/Umwidmung von Sporthallen
Vorlage: DS0228/07
BE: FB 40; 17:50 Uhr
- 4.8 Hauptstadtvertrag
Vorlage: DS0163/07
BE: Amt 30; 18:00 Uhr
- 4.9 Sponsoringleistungen 2006 für die Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: I0128/07
BE: I/03; 18:10 Uhr
- 4.10 Jahresabschluss 2006 des Eigenbetriebes Zoologischer Garten Magdeburg
Vorlage: DS0266/07
BE: Zoo; 18:20 Uhr
- 4.11 Information zum Änderungsantrag zur DS0349/06/28 Durch die Verwaltung soll ein "Konzept zum Umgang mit Investitionsmaßnahmen in Gebäuden, die zur Nutzung an Dritte (freie Träger) übertragen worden sind, erarbeitet und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden.
Vorlage: I0127/07
BE: EB KGM; 18:30 Uhr

- 4.12 Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden
Vorlage: I0164/07
BE: FB 01; 18:40 Uhr
- 4.13 Konsequenzen aus dem Beschluss des Stadtrates zur DS 0126/07
(Beschluss-Nr. 1476-Z003(IV)07) und der Verfügung des
Landesverwaltungsamtes vom 07.06.2007
Vorlage: I0171/07
BE: FB 02; 18:50 Uhr
- 4.14 Auswirkungen von Eingemeindungen
Vorlage: I0143/07
BE: FB 02
- 4.15 Übersicht über die Haushaltsausgabereste
- 4.15.1 Übersicht über die Haushaltsausgabereste des FB 01
BE: FB 01; 19:10 Uhr
- 4.15.2 Stellungnahme des EB KGM vom 29.05.07 zu TOP 4.2 der FG-
Niederschrift vom 16.05.07 - Übersicht über die
Haushaltsausgabereste
BE: EB KGM; 19:20 Uhr
- 4.15.3 Haushaltsausgabereste des FB 02
BE: FB 02
- 4.16 Aufstellung aller städtisch genutzten Flächen und Gebäude
BE: EB KGM
- 4.17 Verschiedenes

5 Anträge und Stellungnahmen

- 5.1 Konzept Städtepartnerschaften
Vorlage: A0023/07
- 5.1.1 Konzept Städtepartnerschaften
Vorlage: S0122/07
BE: Amt 13; 19:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Karin Meinecke

Stadtrat Holger Franke

Stadtrat Walter Meinecke

Stadtrat Hilmar Schoenberner

Stadtrat Alfred Westphal

Stadträtin Beate Wübbenhorst

Vertreter

Heendorf, Michael

Rink, Johannes

Vertreter für Herrn Stern

Vertreter für Herrn Schindehütte

Schriftführer

Frau Michaela Paetsch

Frau Birgit Synakewicz

Abwesend

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Reinhard Stern

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Zu Beginn der Sitzung sind insgesamt 7 Stadträte anwesend. Herr Stern wird von Herrn Heendorf und Herr Schindehütte von Herrn Rink vertreten.

Herr Bromberg eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend begrüßt er Herrn Czogalla und übermittelt im Namen der Mitglieder des Finanz- und Grundstücksausschusses die besten Wünsche für den Ruhestand.

1.1. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung lag den Stadträten rechtzeitig vor. Im Übrigen wird den Stadträten für die heutige Sitzung noch die Drucksache DS0238/07 „Verkauf eines Grundstückes“ als Tischvorlage ausgereicht.

Die Aufnahme der DS0238/07 als TOP 3.2 in die heutige Tagesordnung mit 7 – 0 – 0 bestätigt.

Des Weiteren verweist **Herr Bromberg** darauf, dass die Drucksache „DS0163/07 Hauptstadtvertrag“ in den Ausschüssen KRB und VW vertagt wurde. Aus diesem Grund wird die Drucksache im Finanz- und Grundstücksausschuss ebenfalls vertagt, so dass TOP 4.7 entfällt.

Anschließend stellt **Herr Bromberg** die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Der geänderten Tagesordnung wird mit 7 – 0 – 0 zugestimmt.

1.2. Genehmigung der Niederschriften vom 30.05.2007 und vom 13.06.2007

Die Niederschrift vom 30. 05. 2007 wird mit 5 – 0 – 2 bestätigt.

Die Niederschrift vom 13. 06. 2007 wird mit 5 – 0 – 2 bestätigt.

4. Beschlussvorlagen und Informationen

4.1. Steuerlicher Querverbund zwischen der SWM und der MVB Vorlage: I0162/07

Die Information wird von den Stadträten ohne weitere Diskussion zur Kenntnis genommen.

- 4.2. Bestätigung des präzisierten Vorhaben-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplanes im Förderprogramm "Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt" mit dem Stadtteil Magdeburg Neustädter Feld
Vorlage: DS0121/07
- 4.2.1. Bestätigung des präzisierten Vorhaben-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplanes im Förderprogramm "Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt" mit dem Stadtteil Magdeburg Neustädter Feld
Vorlage: DS0121/07/1
-

Herr Ardalan gibt einige ergänzende Erläuterungen zur vorliegenden Drucksache. Er begründet die Senkung des Gesamtausgabevolumens damit, dass im Neustädter Feld nicht mehr ein so hoher Sanierungsbedarf besteht. Im Übrigen führt er aus, dass alle bis jetzt geplanten Maßnahmen realisiert werden konnten. Bezug nehmend auf den vorliegenden Änderungsantrag erläutert er, dass ein Betrag noch nicht bekannt ist. Hierzu muss erst eine Bedarfsprüfung erfolgen und danach kann die Summe ggf. in den Folgeförderantrag für das Jahr 2008 aufgenommen werden.

Frau Wübbenhorst informiert darüber, dass Frau Bröcker in Abstimmung mit der AQB zu dem Änderungsantrag DS0121/07/1 bereits Stellung genommen hat. Daraus geht hervor, dass derzeit kein Bedarf für ein Sozialkaufhaus besteht. Des Weiteren müsste für ein solches Projekt, zunächst ein vorhandenes Gebäude mit einem Investitionsaufwand von rund 300.000 EUR umgebaut werden. Außerdem gibt es aus Sicht der Verwaltung genügend freie Träger, die ähnliche Angebote im Stadtgebiet von Magdeburg vorhalten. Seitens des Oberbürgermeisters steht die Aussage, dass bei Vorlage eines schlüssigen Konzeptes in Olvenstedt sofort und ohne weiteren Aufwand Räume zur Verfügung gestellt werden könnten.

Herr Westphal stellt sich die Frage, wer dieses Kaufhaus betreiben soll und ist der Auffassung, dass es bei entsprechender Einordnung des Vorhabens zu Kürzungen bei anderen geplanten Maßnahmen kommen könnte.

Herr Heendorf vertritt die Auffassung, dass durch die Landeshauptstadt Magdeburg lediglich eine Anschubfinanzierung erfolgen soll und sich das Kaufhaus später selbst tragen muss. Hierzu sieht er allerdings nochmaligen Abstimmungsbedarf mit dem Einbringer des Antrages.

Herr Bromberg bittet mit Bezug auf die vorgelegte Maßnahmenliste um Auskunft, ob ein Vorziehen der Maßnahme Sporthalle Othrichstraße möglich ist, da hier sonst ein gänzlicher Verfall droht.

Herr Ardalan erwidert, dass für die Sanierung 210.000 EUR vorgesehen sind und noch in diesem Monat seitens des Landesverwaltungsamtes eine Bewilligung avisiert wurde.

Anschließend stellt **Herr Bromberg** den Änderungsantrag DS0121/07/1 und die Drucksache zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag DS0121/07/1 wird dem Stadtrat mit 0 – 6 – 3 nicht zur Beschlussfassung empfohlen.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 9 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 4.3. Bestätigung des präzisierten Vorhaben-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplanes im Förderprogramm "Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt" mit dem Stadtteil Magdeburg Südost (Fermersleben - Salbke - Westerhüsen)
Vorlage: DS0123/07
-

Der StBV hat die Drucksache mit 7 – 1- 1 zur Beschlussfassung empfohlen.

Des Weiteren informiert **Herr Ardalan**, dass die in der Anlage aufgeführten Maßnahmen 11 und 22 entfallen, da diese über das Förderprogramm Stadtumbau Ost – Aufwertung gefördert werden. Die Ausschussmitglieder nehmen diese Aussage zur Kenntnis, fordern aber für die morgige Stadtratsitzung eine offizielle Änderungsmitteilung des Bg VI zum Protokoll.

Herr Rink spricht sich für die Streichung des Punktes 10 aus.

Herr Westphal ist der Auffassung, dass bei Investitionsvorhaben über 100.000 EUR gesonderte Drucksachen erarbeitet werden sollten. Zu den Punkten 11 und 22 ist es erforderlich, eine entsprechende Änderung für die Stadtratsitzung seitens der Verwaltung einzubringen.

Daraus formuliert der Finanz- und Grundstücksausschuss folgenden Änderungsantrag (DS0123/07/1):

Für Investitionsmaßnahmen mit einer Gesamtsumme über 100.000 EUR sind von der Verwaltung gesonderte Drucksachen vorzulegen.

„Der Änderungsantrag (DS0123/07/1) wird dem Stadtrat mit 9 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.“

Anschließend stellt **Herr Bromberg**, die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Die Drucksache inkl. der Ergänzung aus dem Änderungsantrag DS0123/07/1 wird dem Stadtrat mit 9 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 4.4. Abrechnungsmodalitäten ARGE
Vorlage: DS0204/07
-

Herr Villard führt aus, dass der Grund für die Vorlage dieser Drucksache in dem Prüfbericht des Landesrechnungshofes liegt und gibt einige weiterführende Erläuterungen. Dabei macht er u. a. deutlich, dass die Finanzierungsregelung wie sie im alten Vertrag enthalten war, keinen Bestand mehr hat, so dass man zu einer neuen Finanzierungsmodalität für die Verwaltungskostenerstattung kommen muss.

Herr Westphal möchte wissen, ob sich daraus finanzielle Auswirkungen ergeben werden.

Herr Villard erläutert, dass er dazu momentan keine Aussage treffen kann, da die Zuarbeiten der ARGE für diese Bewertung bisher nicht vorliegen. Den entsprechenden Aufforderungen für die Vorlage ist die ARGE bisher nicht nachgekommen.

Herr Bromberg fasst zusammen, dass es sich hier lediglich um eine Änderung handelt und die Verwaltung die Bestätigung zur Aufnahme von Verhandlungen erhalten soll.

Herr Westphal ist der Auffassung, dass dies nicht Angelegenheit des Finanz- und Grundstücksausschusses ist, da beide Drucksachen keine finanzielle Auswirkung haben. Aus diesem Grund empfiehlt er, dass der Finanz- und Grundstücksausschuss die beiden Drucksachen lediglich zur Kenntnis nehmen sollte.

Herr Zimmermann bestätigt, dass die Drucksachen momentan keine finanzielle Auswirkungen haben. Es soll eine juristische Auswertung erfolgen und Vertragskonformität hergestellt werden. Da aber bereits der Vertrag ursprünglich im Finanz- und Grundstücksausschuss behandelt wurde, ist diese Drucksache dem Finanz- und Grundstücksausschuss ebenfalls zur Beratung vorgelegt worden.

Die Drucksache wird vom Finanz- und Grundstücksausschuss lediglich zur Kenntnis genommen, eine Abstimmung erfolgt nicht.

4.5. Stellungnahme zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes des
Landes Sachsen-Anhalt
Vorlage: DS0213/07

Herr Schoenberger empfiehlt analog des StBV-Antrages die Überweisung in den GESO-Ausschuss.

Herr Zimmermann ist der Auffassung, dass der Finanz- und Grundstücksausschuss die Drucksache zumindest zur Kenntnis nehmen muss, da sich aus der Drucksache gewisse Konsequenzen ergeben, zu denen der Ausschuss ggf. Empfehlungen abgeben sollte.

Herr Emmrich erläutert, dass sich aus der Drucksache kommunaler Finanzierungsanteil keine finanziellen Auswirkungen ergeben. **Herr Villard** ergänzt, dass in der Drucksache jedoch implizite Steuerungsmöglichkeiten enthalten sind, so dass ein Beschluss aus seiner Sicht angeraten wäre.

Herr Heendorf möchte wissen, welcher Nachteil der Stadt bisher daraus entstanden ist, dass die ARGE noch nicht mit der Stadt in Verhandlungen getreten ist.

Herr Emmrich erläutert, dass die Schwierigkeit darin besteht, die konkreten Anteile zu beziffern, die vom Bund, dem Land und der Stadt zu tragen sind. Im Übrigen spricht er sich dafür aus, dass eine Behandlung der Drucksache im GESO erfolgt, da dort ggf. eine bessere Basis für eine weitere Verhandlung getroffen wird.

Frau Meinecke nimmt Bezug auf Seite 7 des Prüfberichtes und die dort aufgeführten Mängel, aus diesem Grund spricht sie sich dafür aus, dass diese Drucksache im Finanz- und Grundstücksausschuss behandelt wird.

Herr Zimmermann erläutert, dass die Landeshauptstadt Magdeburg bereits mehrfach interveniert hat, dass der Bund aber bisher keine Unterlagen bereitstellt. Aus diesem Grund ist es für die Stadt besonders schwierig entsprechende Verhandlungen zu führen.

Herr Heendorf nimmt Bezug auf die in der Drucksache angesprochene Unzulässigkeit des 13%igen Aufschlags zur Grundmiete und vertritt die Auffassung, dass sich mit dieser Problematik nochmals mehrere Ausschüsse auseinandersetzen sollten.

Herr Westphal ist der Meinung, dass die Stellungnahme zum Prüfbericht durch den Stadtrat beschlossen werden sollte, damit eine Handlungsfähigkeit für die Landeshauptstadt Magdeburg hergestellt wird.

Herr Villard unterstützt diese Auffassung von Herrn Westphal.

Anschließend stellt **Herr Bromberg** die Drucksache zur Abstimmung.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 7 – 0 – 2 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 4.6. Lärmschutzwand Lübecker Privatweg
Vorlage: A0088/07
 - 4.6.1. Lärmschutzwand Lübecker Privatweg
Vorlage: A0088/07/1
 - 4.6.2. Aufnahme der Schallschutzwand "Lübecker Privatweg" in den
Haushalt 2007
Vorlage: A0071/07
 - 4.6.3. Eilentscheidung des Oberbürgermeisters gemäß § 62 Abs. 4 GO-
LSA
Vorlage: I0178/07
-

Mit Zustimmung der Mitglieder des Finanz- und Grundstücksausschusses werden die laut Tagesordnung als TOP 5.2 bis TOP 5.2.3 ausgewiesenen Tagesordnungspunkte vom Ausschussvorsitzenden im Verlauf der Sitzung auf TOP 4.6 vorgezogen.

Herr Platz führt aus, dass das Landesverwaltungsamt im Rahmen einer Anhörung zum Fördermittelantrag eine Stellungnahme bis zum 19.06.2007 erwartete. Aus diesem Grund hat sich die Verwaltung entschieden, eine Eilentscheidung zu treffen, die dem Finanz- und Grundstücksausschuss heute zur Kenntnis gegeben wird. Der Oberbürgermeister hat beschlossen, diese Maßnahme in die Priorliste aufzunehmen, als Deckungsquelle soll eine Mehreinnahme aus FAG-Mitteln genutzt werden. Damit ist dann auch die Finanzierung dieser Maßnahme gesichert.

Des Weiteren führt er aus, dass das Landesverwaltungsamt telefonisch mitgeteilt hat, dass für diese Maßnahme pro Jahr Fördermittel i. H. v. 125.000 EUR zur Verfügung stehen. Somit geht er davon aus, dass mit der Umsetzung noch in diesem Jahr begonnen werden kann. Damit dürfte dann auch die Aufnahme dieser Maßnahme in den Haushaltsplan 2008 keine weiteren Schwierigkeiten bereiten, so dass der zweite Bauabschnitt voraussichtlich im Jahr 2008 realisiert werden kann.

Die Information wird von den Stadträten zur Kenntnis genommen.

- 4.7. Schließung/Umwidmung von Sporthallen
Vorlage: DS0228/07
-

Frau Meinecke nimmt Bezug auf eine Darstellung der Verwaltung, bei der in der Vergangenheit geäußert wurde, dass die vorhandenen Kapazitäten nicht ausreichend sind. Aus diesem Grund möchte sie wissen, wie sich diese Aussage mit der jetzt vorgeschlagenen Schließung dieser Sporthalle verträgt.

Frau Richter erläutert, dass in den letzten Jahren durch Umbau-/Sanierungsmaßnahmen mehr Kapazitäten geschaffen wurden, als in der Vergangenheit durch Sporthallenschließungen verloren gegangen sind. Des Weiteren kommt ein demografischer Aspekt dazu, da vermehrt Senioren Bedarf haben, der auch in den Vormittagsstunden abgedeckt werden kann. Damit hat sich Situation etwas entspannt, so dass für jeden Ausweichmöglichkeiten geschaffen werden konnten.

Herr Rink möchte insbesondere mit Blick auf den TuS 1860 Magdeburg-Neustadt e. V. wissen, wie die bauliche Ausstattung der Sporthallen in den Ausweichobjekten ist.

Frau Richter erläutert, dass der TuS 1860 Magdeburg-Neustadt e. V. sehr viel in Eigeninitiative gemacht hat.

Herr Westphal äußert, dass bei Schließung der Sporthalle Buckau ohne Ersatzneubau einfach ein Stadtratsbeschluss übergangen wird.

Frau Richter erwidert, dass die Verwaltung plant die Drucksache für den Ersatzneubau Buckau am 04.10.2007 im Stadtrat vorzulegen. Des Weiteren macht sie deutlich, dass die Buckauer Sporthalle in der Bauunterhaltung sehr kostenintensiv ist und nur noch durch einen Nutzer (BbS II) genutzt wird. Diesem habe man aber auch bereits eine Ausweichmöglichkeit angeboten.

Herr Franke führt aus, dass die Schließung der Sporthalle Buckau für das Jahr 2008 beschlossen wurde und der Ersatzneubau lediglich als Prüfauftrag an die Verwaltung gerichtet wurde. Im Übrigen spricht er sich für die Drucksache DS0228/07 aus.

Herr Meinecke möchte wissen, welche Baubestandteile in der Sporthalle Buckau konkret als marode betrachtet werden. **Frau Richter** erläutert, dass die Sporthalle eine sehr schlechte Wärmedämmung aufweist, die hohe Betriebskosten für Heizung verursacht. Außerdem stellt sie fest, dass der Boden in der Sporthalle maximal für die Leichtathletik nutzbar ist, nicht jedoch für Fußball oder Handball.

Herr Rink fragt nach, warum in der Sporthalle Zielitzer Straße Leerstandskosten i. H. v. 20.000 EUR entstehen. **Frau Richter** führt aus, dass diese Kosten geschätzt wurden. Im Moment sei es jedoch so, dass der TuS 1860 Magdeburg-Neustadt e. V. und die Sporthalle über gemeinsame Medien (Energie, Heizung) verfügen, aber eine Trennung bzw. Teilung kurzfristig geplant ist.

Anschließend stellt **Herr Bromberg** die Drucksache zur Abstimmung.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 8 – 1 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

4.8. Hauptstadtvertrag
Vorlage: DS0163/07

Der TOP 4.7 entfällt.

4.9. Sponsoringleistungen 2006 für die Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: I0128/07

Herr Platz erläutert, dass dies eine Maßnahme zur Korruptionsprävention darstellt.

Nach kurzer Diskussion wird die Information von den Stadträten zur Kenntnis genommen.

- 4.10. Jahresabschluss 2006 des Eigenbetriebes Zoologischer Garten
Magdeburg
Vorlage: DS0266/07
-

Herr Dr. Perret erläutert, dass der Betriebskostenzuschuss gegenüber dem Vorjahr um 90.000 EUR reduziert worden ist. Des Weiteren führt er aus, dass allerdings die ursprünglich geplanten Besucherzahlen im Jahr 2006 nicht erzielt werden konnten. Dies wird u. a. auf das schlechte Wetter in der 1. Jahreshälfte zurückgeführt. Aus diesem Grund sei die tatsächlich erzielte Besucherzahl um 4 % hinter den Plandaten zurückgeblieben.

Herr Rink möchte wissen, ob sich das Gerichtsverfahren zum Menschenaffenhaus auf den Nachbarschaftsstreit oder auf die Baumängel bezieht. **Herr Dr. Perret** führt aus, dass sich dieses auf beides bezieht.

Anschließend stellt **Herr Bromberg** die Drucksache zur Abstimmung.

Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 9 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

- 4.11. Information zum Änderungsantrag zur DS0349/06/28 Durch die Verwaltung soll ein "Konzept zum Umgang mit Investitionsmaßnahmen in Gebäuden, die zur Nutzung an Dritte (freie Träger) übertragen worden sind, erarbeitet und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden.
Vorlage: I0127/07
-

Herr Bromberg fragt noch, ob die Prämissen der Stadt in dem beschriebenen Prozess entsprechend berücksichtigt wurden.

Herr Overmann erläutert, dass man alles das geregelt hat, was man aus rechtlicher Sicht im Rahmen des Zuwendungsrechts regeln konnte. Im Übrigen führt er aus, dass mit dieser Verfahrensweise bereits die Grundsatzentscheidung in den StBV eingebracht wird, so dass der StBV bereits in die Vorplanung einbezogen wird. Eine Einschränkung bzw. Vorgabe des Architekturbüros durch die Landeshauptstadt Magdeburg ist rechtlich jedoch nicht möglich.

Herr Bromberg bittet um Auskunft, ob die Rahmenvorgaben der Stadt von den freien Trägern eingehalten werden müssen. **Herr Overmann** erwidert daraufhin, dass die Kriterien u. a. durch die Förderrichtlinien und die Dienstanweisung 20/03 vorgegeben sind.

Herr Westphal möchte wissen, ob mit den freien Trägern für die Objekte nur Überlassungsverträge geschlossen wurden oder ob auch Erbpacht oder ähnliches besteht.

Herr Overmann erläutert, dass dies sehr unterschiedlich ist. Bei den Kindertageseinrichtungen, die in den letzten Jahren übertragen wurden, handelt es sich um langfristige Leihverträge, die mit den freien Träger abgeschlossen wurden. Es gebe aber auch Objekte, die sich im Eigentum der freien Träger befinden.

Die Information wird von den Stadträten zur Kenntnis genommen.

4.12. Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden
Vorlage: I0164/07

Herr Bromberg ist der Auffassung, dass die einzelnen Mitgliedschaften „untersucht“ werden sollten und wenn sich kein positiver Effekt für die LH MD daraus ergibt, sollte als Konsequenz der Austritt erfolgen.

Herr Heendorf ist der Auffassung, dass die Entscheidung über das Fortbestehen der Mitgliedschaften, bei denen die Eigenbetriebe betroffen sind, allein den Eigenbetrieben überlassen bleiben sollte.

Herr Platz erläutert, dass man die Mitgliedschaften in den einzelnen Vereinen und Verbänden von Seiten der Stadt in der Vergangenheit bereits kritisch hinterfragt hat, so dass der Großteil der aufgelisteten Mitgliedschaften als weiterhin erforderlich eingestuft werden kann.

4.13. Konsequenzen aus dem Beschluss des Stadtrates zur DS 0126/07
(Beschluss-Nr. 1476-Z003(IV)07) und der Verfügung des
Landesverwaltungsamtes vom 07.06.2007
Vorlage: I0171/07

Herr Westphal vertritt die Auffassung, dass die Information zur Haushaltssatzung an alle Fachausschüsse zu geben ist, da diese Auswirkungen für alle Bereiche hat.

Herr Bromberg merkt kritisch an, dass man mit der Information zur Haushaltssatzung nur schwer umgehen kann, da man beispielsweise bei der laufenden Nummer 17 nicht erkennen kann, in welchem Ausgangsbudget sich dies niederschlägt.

Herr Hartung macht einige Erläuterungen zu den vorgelegten Übersichten.

Herr Bromberg fasst daraufhin zusammen, dass derzeit also noch 672.000 EUR gesperrte Haushaltsmittel vorhanden sind.

Herr Zimmermann weist in diesem Zusammenhang aber ausdrücklich darauf hin, dass diese Mittel aufgrund des defizitären Haushalts nicht freigegeben werden. Auf Nachfrage erläutert er, dass alle Haushaltsmittel, die auf Seite 1 aufgelistet sind, die gesperrten Haushaltsmittel wiedergeben. Alle anderen Haushaltsmittel, die auf den anderen Seiten aufgelistet sind, wurden entsprechend freigegeben. Im Übrigen verweist er darauf, dass die Realisierung der freigegebenen Mittel in der Verantwortung der einzelnen Fachdezernate liegt.

Mit Bezug auf den Wunsch der Stadträte, dass diese Übersicht auch den anderen Ausschüssen zur Verfügung gestellt wird, äußert **Herr Zimmermann** die Bitte, dass die Verteilung an die anderen Fachausschüsse über die jeweiligen Stadtrats-Fraktionen organisiert wird. Dies wird von den Stadträten akzeptiert.

Auf Nachfrage von **Herrn Bromberg**, wie lange der Hebesatz beibehalten werden kann, führt **Herr Zimmermann** aus, dass gesetzlich die Beibehaltung für 5 Jahre möglich ist und mit einer entsprechenden Ausnahmegenehmigung sogar für 10 Jahre.

Herr Franke spricht sich für eine Ergänzung der Information aus, so dass auch die Ausgaben dargestellt werden, die durch die Eingemeindung von Pechau/Randau/Calenberge, dorthin geflossen sind.

Herr Hartung erläutert, dass dies eine sehr komplexe Aufgabe ist, die in diesem Umfang von den zuarbeitenden Fachbereichen/Ämtern nicht realisiert werden kann. Aus diesem Grund habe auch der Oberbürgermeister entschieden, dass als Grundlage für diese Information das Gutachten des Landes herangezogen wird.

Herr Franke ist dennoch der Meinung, dass es möglich sein muss, darzustellen, welche Ausgaben durch die Eingemeindung an Pechau/Randau/Calenberge abgeflossen sind.

Herr Westphal bittet um Auskunft, welchem Zweck diese öffentliche Information dient.

Herr Zimmermann merkt an, dass die Verwaltung es in kurzer Zeit nicht schaffen kann, die von Herrn Franke gewünschte Aufstellung zu leisten. Dies liegt u. a. darin begründet, dass die dafür erforderlichen Daten nicht gesondert erfasst werden, so dass dies nur mit erheblichem Aufwand dargestellt werden könnte, der momentan von der Verwaltung nicht geleistet werden kann. Im Übrigen vertritt er die Auffassung, dass eine solche Auflistung aufgrund der fehlenden Vergleichbarkeit auch gar nicht bewertet werden kann.

Herr Platz nimmt nochmals Bezug auf die Frage von Herrn Westphal und erläutert, dass man diese Frage eher an den Antragsteller richten sollte.

Herr Franke stellt dar, dass es Ziel des Antrages war, u. a. darzustellen, dass die Landeshauptstadt Magdeburg auch Investitionen in den eingemeindeten Stadtteile getätigt hat, von denen diese wiederum profitiert haben. Aus diesem Grund gibt er zu Protokoll, dass er mit der vorgelegten Information nicht zufrieden ist und den Antrag nicht als erledigt betrachtet.

Herr Platz erläutert, dass man für die Erfüllung dieser Zielstellung, alle für eine Eingemeindung potenziell in Frage kommenden Gemeinden anschreiben müsste, um darstellen zu können, welche zukünftigen Investitionen diese in Zukunft planen und welcher Vorteil ihnen ggf. aus einer Eingemeindung erwächst.

Herr Zimmermann ergänzt in diesem Zusammenhang, dass die Landeshauptstadt Magdeburg in den 90iger Jahren ganz andere Möglichkeiten für die Eingemeindungsverhandlungen hatte. Mit der jetzigen Finanzsituation sei diese gute Ausgangsposition jedoch nicht mehr gegeben.

Die Information wird von den Stadträten zur Kenntnis genommen.

4.15. Übersicht über die Haushaltsausgabereste

4.15.1. Übersicht über die Haushaltsausgabereste des FB 01

Herr Platz erläutert, dass auf der 1. Seite die Struktur der Haushaltsausgabereste aus dem Jahr 2006 dargestellt ist. In den beiden letzten Spalten sind die freigesetzten Mittel dargestellt, über die man heute diskutieren kann. Daraus ergeben sich dann die rund 524.000 EUR, über deren weitere Verwendung für andere Maßnahmen der Finanz- und Grundstücksausschuss nun entscheiden kann. Im Übrigen erläutert er anhand einer Folie die Kostenentwicklung der Maßnahme eVergabe, aus der sich freisetzbare Mittel i. H. v. 143.000 EUR ergeben.

Herr Westphal merkt kritisch an, dass der FB 01 in der ersten Darstellung im Finanz- und Grundstücksausschuss zu dieser Thematik keine Haushaltsmittel frei gemeldet hat. Aus der nun vorgelegten Zuarbeit des FB 01 wird jedoch ersichtlich, dass aufgrund der vehementen Forderung des Finanz- und Grundstücksausschusses sehr wohl Haushaltsmittel freigemeldet werden können. Dieses Verfahren hält er für sehr kritisch, da daraus ersichtlich wird, dass die Verwaltung ursprünglich geplant hatte, die Haushaltsausgabereste in weitere Folgejahre zu schieben.

Herr Zimmermann erläutert, dass sich die als „verwendungsbezogene geschobene Mittel“ dargestellten Haushaltsmittel immer auf Projekte beziehen, die aufgrund verschiedener Probleme nicht entsprechend dem ursprünglichen Zeitplan umgesetzt werden konnten. Bei diesen Haushaltsmitteln hat der Oberbürgermeister jetzt entschieden, dass diese Mittel frei zu melden sind. Diese Projekte sind dann, wenn sie anstehen, aus dem Haushalt zu finanzieren.

Herr Zimmermann führt weiter aus, dass der Oberbürgermeister dem Finanz- und Grundstücksausschuss vorschlägt, die Maßnahmen Stephan-Schütze-Platz (ca. 162 Tsd. EUR), Knoten Herder-/Olvenstedter Straße (ca. 230 Tsd. EUR) und Hauptstraße Pechau (ca. 316 Tsd. EUR) aus diesen Mitteln weitestgehend zu decken. Diesem Vorschlag der Verwaltung wurde von den Mitgliedern des Finanz- und Grundstücksausschusses nicht widersprochen.

Die Mitglieder des Finanz- und Grundstücksausschusses bitten darum, dass die nächsten Fachbereiche/Ämter zur detaillierten Darstellung ihrer Haushaltsausgabereste zur Sitzung am 29.08.2007 eingeladen werden.

Dies wird ihnen von der Verwaltung zugesichert.

Herr Westphal verlässt um 19:40 Uhr die Sitzung.

4.15.2. Stellungnahme des EB KGM vom 29.05.07 zu TOP 4.2 der FG-Niederschrift vom 16.05.07 - Übersicht über die Haushaltsausgabereste

Herr Nippe führt aus, dass die beiden Haushaltsausgabereste auf rechtlichen Streitigkeiten beruhen. Die beidem Haushaltsausgabereste wurden somit als vorsorgliche Rückstellung für ungewisse Risiken aus diesen Rechtsstreitigkeiten gebildet.

Die vorgelegte Stellungnahme des Eb KGM wird von den Stadträten zur Kenntnis genommen.

Herr Zimmermann nimmt nochmals Bezug auf die vom FB 01 freigemeldeten Haushaltsausgabereste und informiert die Mitglieder des Finanz- und Grundstücksausschusses darüber, dass aus dem FB 02 ebenfalls Haushaltsausgabereste freigemeldet werden können, die aus dem allgemeinen Grundvermögen (Entschädigungsfond) stammen. Diese können nunmehr freigesetzt werden, da die zurückgestellten Haushaltsmittel bezüglich der Bearbeitung von Anträgen auf Entschädigung aus dem Jahr 2006 nicht in voller Höhe wirksam werden. Darüber hinaus führt er aus, dass die so freigesetzten Haushaltsausgabereste als Deckung für Bauvorhaben, die im Zuge der nicht genehmigten Kredite zurückgestellt wurden, eingesetzt werden.

Des Weiteren informiert **Herr Zimmermann** den Finanz- und Grundstücksausschuss darüber, dass für die Sanierung der neuen Volkshochschule, Leibnizstraße, ca. 170 Tsd. EUR aus Mitteln für den Denkmalschutz (Amt 61), die planmäßig im Haushaltsplan 2007 enthalten sind, bereitgestellt werden. Die Gesamtmaßnahme (Fenster und Fassade) kostet jedoch 400 Tsd. EUR. Der Oberbürgermeister schlägt deshalb vor, die restlichen 230 Tsd. EUR aus dem Haushaltsausgaberest allgemeines Grundvermögen, Entschädigungsfond (gesamt 295 Tsd. EUR) zu decken.

Mit Bezug auf die von Herrn Zimmermann benannten Bauvorhaben und die dafür einzusetzenden Haushaltsausgabereste bittet **Herr Bromberg** um die Erstellung einer entsprechenden Übersicht, aus der dies entnommen werden kann.

Herr Zimmermann schlägt vor, dass hierfür die bestehende Liste in roter Schrift fortgeschrieben und zur jeweils nächsten Finanz- und Grundstücksausschusssitzung erneut ausgereicht wird.

Herr Heendorf stellt den Antrag, dass die Kosten für Straßenbaumaßnahmen grundsätzlich „gedeckt“ werden sollen, d. h. keine Überschreitung der ursprünglich geplanten Kosten erfolgen darf.

Frau Meinecke spricht sich gegen diesen Antrag aus, da begonnene Straßenbaumaßnahmen auch bei Kostenaufwüchsen beendet werden müssen.

Anschließend stellt **Herr Bromberg** den Antrag von Herrn Heendorf zur Abstimmung.

Dem Antrag wird mit 4 – 3 – 1 zugestimmt.

Herr Rink merkt an, dass nunmehr bei weiteren freiwerdenden Mitteln die Schulen zu berücksichtigen sind. Dies findet, soweit es umsetzbar ist, die allgemeine Zustimmung der Mitglieder des Finanz- und Grundstücksausschusses.

Ergänzung zum Protokoll im Nachgang der Sitzung vom 04. 07. 2007:

Im Nachgang zur Sitzung des Finanz- und Grundstücksausschusses hat der Oberbürgermeister am 10. 07. 2007 eine Eilentscheidung nach § 62 Abs. 4 GO LSA getroffen, wonach das Vorhaben Pechau Hauptstraße i. H. v. 316 Tsd. EUR aus den verbleibenden Haushaltsausgaberesten IUK-Strategie, allgemeines Grundvermögen (Entschädigungsfond) und Harsdorfer Straße sowie den FAG-Mehreinnahmen gedeckt werden soll. Diesbezüglich

erfolgt unverzüglich eine Information an den Finanz- und Grundstücksausschuss in seiner nächsten Sitzung.

4.16. Aufstellung aller städtisch genutzten Flächen und Gebäude

Herr Overmann erläutert die entsprechende Zuarbeit des Eb KGm vom 29.06.2007.

Herr Bromberg kritisiert, dass im Vergleich für eine Sportfläche fast der 4-fache qm-Mietpreis einer Stadtteilbibliothek gezahlt werden muss. Dies sollte von der Verwaltung nochmals geprüft werden.

Frau Meinecke bittet um Auskunft, ob das Amt 16 nicht auch in einem städtischen Gebäude untergebracht werden könnte. Bezüglich der Parkfläche Stresemannstraße bitte sie um eine Konkretisierung, um welche Fläche es sich dabei im Einzelnen handeln soll.

Herr Overmann führt aus, dass er dazu heute keine konkrete Aussage treffen kann. Die Beantwortung erfolgt durch eine entsprechende Zuarbeit an den Finanz- und Grundstücksausschuss.

4.17. Verschiedenes

5. Anträge und Stellungnahmen

- 5.1. Konzept Städtepartnerschaften
Vorlage: A0023/07
- 5.1.1. Konzept Städtepartnerschaften
Vorlage: S0122/07

Herr Franke merkt an, dass die Stellungnahme lediglich einen Sachstand darstellt. Seiner Meinung nach sollte aber ein Konzept erarbeitet werden, welches die künftige Arbeitsweise regelt und mögliche Varianten für Städtepartnerschaften aufzeigt.

Der Antrag wird dem Stadtrat 8 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Hans-Dieter Bromberg
Vorsitzende/r

Birgit Synakewicz / Michaela Paetsch
Schriftführer/in